

Schienenersatzverkehr für die Wiedner Hauptstraße in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.06.2024 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der zuständige Stadtrat KommR Peter Hanke wird ersucht, Schritte in die Wege zu leiten bzw. auf die Wiener Linien einzuwirken, um einen Schienenersatzverkehr auf der Wiedner Hauptstraße, welcher die für die Umgestaltungsarbeiten temporär aufgelassenen Straßenbahnstationen im 5. Bezirk abdeckt, anzubieten.

Begründung

Die Wiedner Hauptstraße ist seit jeher eine Verkehrsader im Herzen Margareten, welche durch den Betrieb von mehreren Straßenbahnlinien bisher den Bezirk, mit der höchsten Bevölkerungsdichte in ganz Wien, gut an das Netz der Wiener Linien angeschlossen hat. Die Bewohnerinnen und Bewohner Margareten nutzten bisher sehr stark diese gute Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz. Aufgrund der Bauarbeit auf der Wiedner Hauptstraße im Bezirk Wieden musste jedoch der Betrieb der Straßenbahnen für die Dauer der Bauarbeiten eingestellt werden, wodurch in der Bevölkerung ein Unmut, wegen dem kurzfristig angekündigten und mehrere Monate andauernden Wegfallen einer adäquaten Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, bemerkbar ist. Die Ersatzmaßnahmen der Wiener Linien sind nicht geeignet um den Wegfall der Straßenbahnlinien entlang der Wiedner Hauptstraße zu kompensieren. Die Verdichtung der Intervalle bzw. die Kapazitätserhöhung durch Gelenkbusse der Linie 59 A sind für einen Großteil der Bevölkerung im Einzugsgebiet entlang der Wiedner Hauptstraße kein ausgleichender Faktor. Der temporär eingerichtete Shuttleservice ist auch nicht ausreichend um älteren Bewohnerinnen und Bewohnern, Berufstätigen sowie Schulkindern eine adäquate sowie alltagsgerechte Alternative anzubieten. Durch die Umsetzung eines Schienenersatzverkehrs auf der Wiedner Hauptstraße, kann zeitnah der Margareter Bevölkerung ein Ersatz für den Wegfall der Straßenbahnlinien bereitgestellt werden. Die Politik ist gefordert, Maßnahmen zu setzen, damit der Bevölkerung – vor allem für ältere Bewohnerinnen und Bewohner, Berufstätige sowie Schulkinder – in der unmittelbaren Wohnumgebung, ein niederschwelliger Zugang zum öffentlichen Verkehrsnetz mit entsprechendem Komfort, angeboten wird.

BRin Mag.^a Elke Hanel-Torsch
Klubvorsitzende

BR Savin Abraham, BA

BR Wolfgang Mitis

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

BR Mag. Klaus Mayer, MA